

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB/Lea Bill, JA!) vom 4. November 2010: Eine Partnerstadt oder Partnerregion für Bern (10.000290)

In der Stadtratssitzung vom 9. Juni 2011 wurde das folgende Postulat erheblich erklärt:

Viele Schweizer Städte oder Kantone gehen erfolgreiche Partnerschaften mit Städten oder Regionen ärmerer Länder ein. So nutzte z.B. die Gemeinde Köniz während Jahren die Partnerschaft mit der serbischen Stadt Prijepolje, um mit zahlreichen Austauschprojekten und Aktionen einen regen, gelebten und für beide Seiten bereichernden Austausch zu pflegen. Auch der Kanton Bern konzentriert sein humanitäres Engagement auf ein spezifisches Land und verteilt seine Mittel gezielt – er hat seit Anfang der 90er-Jahre Projekte in Bulgarien unterstützt: „Im Rahmen seiner Möglichkeiten leistet der Kanton Bern einen Beitrag zum wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aufbau in benachteiligten Ländern. Im Vordergrund steht dabei die Umsetzung verschiedener Projekte in Bulgarien. Bei Krisen und Katastrophen leistet er Spontanhilfe.“ (Leitsätze zur Ausrichtung der Aussenbeziehungen, Seite 33). Die Aktivitäten der Kantone und der Gemeinden sind überdies nicht als isolierte Politikfelder, sondern als weitere Komponenten in den aussenpolitischen Handlungsfeldern der Schweiz zu verstehen.

Auf das Postulat Fraktion SP/JUSO (Markus Lüthi, SP) vom 8. Mai 2008: EURO 08 und dann? Eine Partnerstadt für Bern! (08.000169) antwortet der Gemeinderat, dass er in der laufenden Legislatur eine Städtepartnerschaft aufzubauen gedenke und der Verwaltung den Auftrag erteilt habe, bis im Januar 2010 eine Partnerschaft mit den Städten „Kopenhagen/Dänemark, Den Haag/Niederlande, Ljubljana/Slowenien und Hanoi/Vietnam näher auf eine mögliche Städtepartnerschaft hin zu überprüfen. Diese Städte aus der EU (inkl. erweiterte EU) und die aussereuropäische Stadt Hanoi haben alle das Potential, die Stadt Bern als Politikzentrum zu stärken, sind sie doch selbst die politischen Zentren der jeweiligen Länder.“

Wir begrüßen den Schritt des Gemeinderates für die Städtepartnerschaft. Wir denken aber, dass diese beabsichtigte Partnerschaft sich zu stark auf den europäischen Kontinent konzentriert und ärmere Regionen und Städte nicht genug berücksichtigt werden.

Die Ziele der Partnerschaft sind die Förderung des Austausches und Verständnisses zwischen Menschen, der Austausch von Gemeindevertreterinnen und -vertretern, zivilgesellschaftlichen Institutionen, Schulklassen oder Kulturschaffenden. Grundsätzlich sollen Werte wie Lokaldemokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit gefördert werden. Die Städtepartnerschaft verfolgt demnach inhaltlich ähnlich gelagerte Ziele wie die spezialisierten Entwicklungsorganisationen. Die Erreichung dieser Ziele soll aber im Wesentlichen mit dem Austausch zwischen EinwohnerInnen und Institutionen der beiden partnerschaftlich organisierten Städte oder Regionen geschehen. Eine solche Partnerschaft ist also nicht nur ein konkreter Beitrag zur Entwicklung und Armutsbekämpfung, sondern entfaltet auch eine positive Wirkung für Bern, in dem die Wahrnehmungen von und die Verständigungen mit so genannten Fremden gefördert werden.

Die Stadt Bern hat bereits heute faktisch ein entwicklungspolitisches Engagement, das sich weiter spezifizieren liesse: Es existiert ein Fonds für Entwicklungszusammenarbeit und Nothilfe, mit welchem insbesondere Frauenprojekte unterstützt und Beiträge an Hilfswerke, z.B. zu Gunsten der Tsunami-Opfer, entrichtet werden. Allenfalls können mit Teilen dieser schon heute für Entwicklungszusammenarbeit bereitstehenden Mittel die Kosten einer solchen Städtepartnerschaft gedeckt werden. Je nach Umfang der Aktivitäten ist die in diesem Vorstoss gestellte Forderung nach einer Städtepartnerschaft deshalb weitgehend kostenneutral.

Wir fordern den Gemeinderat deshalb auf:

1. Eine Städtepartnerschaft auch mit einer Stadt oder Region im Nahen Osten, z.B. palästinensischen Städten wie Ost-Jerusalem, Nablus oder Ramallah oder anderen Städten aus wirtschaftlich schwächeren Regionen wie des West-Balkans (Kosovo, Mazedonien) einzugehen.
2. Die Auswahl der Partnerstadt oder Region in Absprache mit dem Kanton Bern (Dienst Aussenbeziehungen der Staatskanzlei) und der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) zu treffen.

Bern, 4. November 2010

Postulat Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB/Lea Bill, JA!), Judith Gasser, Aline Trede, Cristina Anliker-Mansour, Jeannette Glauser, Christine Michel, Rahel Ruch, Stéphanie Penher, Vania Kohli

Bericht des Gemeinderats

Mit der Strategie Bern 2020 verfolgt der Gemeinderat der Stadt Bern das Ziel, sich international gut zu vernetzen und Partnerschaften mit anderen Hauptstädten und mit „Städten, die mit Bern vergleichbar sind“ zu pflegen. Vor diesem Hintergrund setzte sich der Gemeinderat das Ziel, in der laufenden Legislatur eine Städtepartnerschaft einzugehen und an internationalen Veranstaltungen im Ausland teilzunehmen.

Der Gemeinderat ging bisher davon aus, dass die internationale Vernetzung der Stadt Bern angesichts der aktuellen Bestrebungen, das Politzentrum zu stärken und die Hauptstadtregion Schweiz national und international zu positionieren, derzeit primär über eine Kooperation mit einer Hauptstadt erfolgen soll. Deshalb hat er mit Beschluss vom 27. Januar 2010 die Verwaltung beauftragt, die Städte Kopenhagen, Den Haag, Ljubljana und Hanoi näher auf eine mögliche Städtepartnerschaft hin zu überprüfen.

Eine Hauptstadt als Partnerstadt von Bern wäre auch in Bezug auf die Vermittlung von Werten wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sinnvoll, sind sie doch als Zentren eines Lands der Ort, wo die Voraussetzungen für die demokratische und rechtsstaatliche Entwicklung eines Lands geschaffen werden.

Mit Hanoi und Ljubljana wurden konkrete Schritte für eine Kooperation eingeleitet. Im April 2010 besuchte eine gemischte Stadtberner Delegation auf Einladung der Stadtbehörden von Hanoi die vietnamesische Hauptstadt. Im Rahmen eines reich befrachteten Programms unterzeichneten die beiden Stadtpräsidenten ein Abkommen, das Möglichkeiten einer Zusammenarbeit in für beide Städte interessanten Politikbereichen vorsieht. Das Abkommen ist nicht bindend, es dient vielmehr als Grundlage für Projekte oder Kontakte, die sich von Fall zu Fall ergeben. Auf Wunsch der Stadtbehörden von Hanoi hat die Stadt die Federführung für die Installation einer Blumenuhr im historischen Zentrum der Stadt übernommen. Das Projekt wurde von einer Filiale eines bekannten Berner Architekturbüros vor Ort realisiert und gemeinsam mit den Städten Genf und Bern sowie Sponsoren finanziert. Die Blumenuhr konnte im letzten Jahr anlässlich der Feierlichkeiten zum tausendjährigen Jubiläum der Stadtgründung Hanois eingeweiht werden. Seither ist der Name „Bern“ buchstäblich in Hanoi unübersehbar verankert und symbolisiert den gegenseitigen Willen zur Kooperation. Dank der guten Kontakte zu den Behörden in Hanoi konnte die Stadt Bern bereits mit Türöffnungsfunktionen behilflich sein: Einmal bei der Gründung einer auf privater Basis organisierten Schweizer-schule und ein zweites Mal im Zusammenhang mit Expansionsabsichten einer international tätigen Berner Firma in den asiatischen Raum. 2011 hat der Gemeinderat beschlossen, der schweizerischen Gemeinde-Initiative „solidarit’eau suisse“ beizutreten und sich für ein Trinkwasserprojekt in einem Entwicklungsland zu engagieren. Gestützt auf die vertrauensvollen Beziehungen mit den vietnamesischen Behörden entschied der Gemeinderat, ein Projekt der Caritas Schweiz im Norden von Vietnam zu unterstützen. Damit wird der Zugang zu sauberem Wasser für mehrere tausend Bewohner und Bewohnerinnen in einer abgelegenen Bergregion ermöglicht. Eine Schulklasse einer Berner Mittelschule wird voraussichtlich im Herbst im Rahmen einer Studienreise dieses nachhaltige Entwicklungsprojekt vor Ort studieren.

Intensive Gespräche mit dem Bürgermeister von Ljubljana förderten ein grosses Interesse seitens der slowenischen Hauptstadt an einer klassischen Städtepartnerschaft mit der Stadt Bern zu Tage. Die konkreten Beziehungen zu Slowenien beschränken sich aber vorerst in zaghaften Schritten auf den Kulturbereich: Anfangs Juni 2012 und in Zusammenarbeit mit der slowenischen Botschaft sowie privaten Sponsoren offeriert die Stadt den Bernerinnen und Bernern eine eindrückliche Open-Air Fotoausstellung eines slowenischen Biologen und Fotografen zum Thema „Die Alpen“ vor dem Zentrum Paul Klee. Im Weiteren kann demnächst ein in Slowenien bekannter Künstler sein Werk in Bern präsentieren.

Die bisher gemachten Erfahrungen mit diesen beiden Städten zeigen, dass Kooperationen mit dem Ziel, ein längerfristiges und nachhaltiges Engagement zu garantieren, sehr zeitintensiv sind und mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen höchstens auf kleinem Feuer bearbeitet werden können. Das Projekt Städtepartnerschaft wurde deshalb in den letzten zwei Jahren infolge diverser Budgetkürzungen gedrosselt. So konnte zum Beispiel einer Anfrage aus Hanoi, mit welcher eine zeitlich begrenzte fachliche Unterstützung bei der Initiierung eines Projekts für die Rettung der Altstadt erwünscht wurde, nicht entsprochen werden.

Nicht zuletzt aufgrund dieser Erfahrungen wurden zwischenzeitlich weitere Überlegungen angestellt. Insbesondere stellt sich die Frage, ob klassische bilaterale Städtepartnerschaften heute immer noch tragfähig sind und ob nicht andere Formen der Zusammenarbeit angemessener sind, namentlich beispielsweise themen- oder projektspezifische Kooperationen mit einer Stadt oder mit mehreren Städten. Eine thematisch motivierte, projektbezogene Zusammenarbeit zwischen verschiedenen involvierten Parteien - in erster Linie Städten, aber auch anderen Körperschaften oder Organisationen - könnte zeitlich befristet sein, Nachfolgeprojekte oder ausbaubare Kooperation wären aber auch möglich, wie dies das Beispiel der Zusammenarbeit in Vietnam zeigt.

Bei einer flexibleren Ausgestaltung der internationalen Aktivitäten könnte die Stadt Bern je nach Thema, das sie aufgreifen und vertiefen möchte, mit einer anderen Stadt oder anderen Städten zusammenarbeiten. Die themen- oder projektspezifische Zusammenarbeit mit anderen Städten böte auch mehr Flexibilität, die internationale Vernetzung von Bern je nach vorhandenen Ressourcen stärker oder schwächer voranzutreiben. Ein weiterer Vorteil bestünde darin, dass mit einer flexibleren Ausgestaltung mehr Raum für Initiativen aus der Zivilbevölkerung oder aus der Privatwirtschaft vorhanden wäre.

Zum Vorschlag, dass Mittel aus dem Budgetkredit für Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe für eine Städtepartnerschaft verwendet werden könnten: Das Konzept des Gemeinderats zur Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe hält fest, dass Menschen in Not beigestanden werden soll. Im Weiteren soll die Hilfe in Ländern der Dritten Welt und in Osteuropa geleistet werden. Aus der Sicht des Gemeinderats käme eine Teil- bzw. Mitfinanzierung von Projekten, die sich aus einer allfälligen Städtepartnerschaft ergäben, also nur dann in Frage, wenn die Partnerstadt in einem Drittweltland oder in Osteuropa läge. Das Geld müsste aber für Projekte eingesetzt werden, welche den im Konzept genannten Inhalten entsprechen. Diese sind Mutter- und Kind-Programme, Erziehung und Ausbildung, Gesundheit und Ernährung, Berufliche Einkommensförderung sowie Ökologie und nachhaltige Entwicklung. Für den Gemeinderat kommt es jedoch nicht in Frage, diese für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe reservierten Gelder für die Administration einer ständigen Städtepartnerschaft einzusetzen.

Zu Punkt 1:

Wie das Beispiel „solidarit’eau suisse“ zeigt, ist es denkbar, dass auch entwicklungspolitisch motivierte Kooperationen mit Städten aus wirtschaftlich schwächeren Regionen zum Zug kommen, so auch mit den im Postulat vorgeschlagenen Städten im Nahen Osten oder im West-Balkan.

Zu Punkt 2:

Wenn die Bestrebungen zur internationalen Vernetzung soweit konkretisiert sind und die Stadt Bern eine Kooperation mit einer Stadt aus einer wirtschaftlich schwächeren Region eingehen will, wird sie den Kanton Bern (Dienst Aussenbeziehungen der Staatskanzlei) und die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) kontaktieren.

Die internationale Vernetzung wird auch weiterhin ein Schwerpunkt der gemeinderätlichen Politik bleiben, wie dies in der Strategie Bern 2020 festgehalten ist. Es ist vorgesehen, dass die Konkretisierung des Vorgehens im Rahmen der Legislaturziele 2013 - 2016 erfolgt.

Bern, 27. Juni 2012

Der Gemeinderat